



Niederschrift

Sitzung Ausschuss für öffentliche Einrichtungen
15.04.2026, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitz: Erste Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Punkt 4 der Tagesordnung:

Leitlinie zum Vorgehen der Stadt Karlsruhe bei der Bekämpfung der invasiven Asiatischen Hornisse (*Vespa Velutina*)

Die Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert, dass die Stadt Karlsruhe sowie andere Kommunen seit dem vergangenen Jahr zuständigkeithalber auch die Bekämpfung der invasiven Art *Vespa velutina* übernehmen mussten als freiwillige Aufgabe. Hintergrund sei die Einstufung als invasive Art gemäß der Unionsliste der Europäischen Union. Seit dem 24. März 2025 gelte die Art bundesweit als „weit verbreitet / etabliert“. Damit entfalle die bisherige Beseitigungspflicht; stattdessen seien lediglich noch Managementmaßnahmen nach Artikel 19 der EU-Verordnung vorgesehen, wie etwa Beseitigung, Populationskontrolle oder Eindämmung. Zuvor habe eine Beseitigungspflicht bestanden, deren Kosten vollständig vom Land erstattet worden seien. Anschließend erteilt sie Karen Eßrich das Wort.

Karen Eßrich erläutert, dass die Managementmaßnahmen durch die Landesanstalt für Bienenkunde der Universität Hohenheim geleitet werden. Dort erfolge auch die fachliche Bestimmung der Art, insbesondere die Unterscheidung zwischen der Asiatischen Hornisse und der streng geschützten Europäischen Hornisse. Die Entfernung von Nestern sei grundsätzlich freiwillig und müsse von den jeweiligen Eigentümerinnen und Eigentümern getragen werden, unabhängig davon, ob es sich um private oder öffentliche Flächen handele. Anhand von Karten und statistischen Daten stellt sie die dynamische, exponentielle Ausbreitung der Art dar. Sie führt aus, dass ein Nest jährlich etwa 11 Kilogramm Insektenbiomasse sowie zusätzlich Obst, Nektar und Spinnen benötige. Dies führe zu erheblichen Auswirkungen auf Ökosysteme und Wirtschaft, insbesondere durch Risiken für Imkereien infolge rückläufiger Honigproduktion sowie durch mögliche Ernteauffälle im Obst- und Weinbau aufgrund verminderter Bestäubung. Zudem bestehe eine Gefährdung für den Menschen, da Stiche schmerzhaft seien und in Einzelfällen bis zu anaphylaktischen Reaktionen führen könnten. In diesem Zusammenhang würden Feuerwehr und Notfallambulanzen derzeit entsprechend geschult.

Für die kommunale Praxis empfiehlt die Verwaltung ein einheitliches Vorgehen analog zur Bekämpfung der invasiven Ameisen. Das Schädlingsbekämpfungsteam des Gartenbauamts übernehme eine gesamtstädtische Koordination der Meldungen sowie die Durchführung von Maßnahmen. Die entstehenden Kosten würden jährlich auf die beteiligten Ämter

verteilt und intern verrechnet. Ob perspektivisch eine externe Vergabe erforderlich werde, hänge vom weiteren Aufkommen sowie von der personellen Auslastung, insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung von *Tapinoma magnum*, ab.

Priorität habe die Entfernung von Nestern an Orten mit hohem Gefährdungspotenzial, etwa an Schulen, Kindertagesstätten oder stark frequentierten öffentlichen Bereichen. Als bevorzugte Methode komme das Heißwasserdampfverfahren zum Einsatz, das als vergleichsweise schonend für Mensch und Umwelt gelte und eine sofortige Abtötung der Tiere ermögliche.

Abschließend weist Karen EBrich darauf hin, dass weiterhin ein Bedarf an übergeordneten Koordinierungsstrukturen auf Landes- oder Bundesebene sowie an finanzieller Unterstützung für die Kommunen bestehe. Sie bedankt sich bei den beteiligten Ämtern für die gute Zusammenarbeit innerhalb der Arbeitsgruppe.

Frau Sonja Klingert (GRÜNE) äußert Zustimmung zum dargestellten Vorgehen, bezeichnet dieses als nachvollziehbar und wünscht weiterhin viel Erfolg. Sie bietet an, dass sich der Gemeinderat unterstützend einbringen könne und bittet in diesem Fall um entsprechende Rückmeldung.

Frau Rahsan Dogan (CDU) berichtet, dass ihr die Problematik auch in ihrer Funktion als Betreuungsstadträtin von Hagsfeld bekannt sei. Insbesondere Imker meldeten bereits entsprechende Auswirkungen. Sie weist darauf hin, dass die invasive Hornisse auch Schäden im Obstbau verursache. Vor diesem Hintergrund betont sie die Bedeutung einer breit angelegten Verteilung von Informationsmaterialien sowie die Notwendigkeit von Fortbildungsangeboten für Obstbaubetriebe.

Karen EBrich führt aus, dass eine umfassende Informationskampagne vorgesehen sei und sich entsprechende Flyer derzeit in der Erstellung befänden. Sie hebt die sehr gute Unterstützung durch die private Bürgerinitiative „Stopp die Asiatische Hornisse“ hervor, die bereits umfangreiche Aufklärungsarbeit leiste und Bürgerinnen und Bürger informiere. Zudem kündigt sie an, dass sowohl die Stadt als auch die Bürgerinitiative beim 6. Klimatag in Grötzingen vertreten sein werden, um über invasive Arten sowie geeignete und ungeeignete Handlungsmöglichkeiten für die Bevölkerung zu informieren.

Die Vorsitzende bedankt sich abschließend bei der Arbeitsgruppe für die geleistete Arbeit.



Erste Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleitung



Karen EBrich
Protokollführung

Informationen leichter auffindbar seien. Zudem fragt sie nach Kostenschätzungen. Ferner erkundigt sie sich, ob Gartencenter, bei denen das Thema möglicherweise mit ausgelöst werde, in die Pflicht genommen und an den Kosten beteiligt werden könnten.

Herr Oliver Schnell (AfD) verliest einen Auszug aus dem Protokoll der Ortschaftsratssitzung Neureut vom 4. Juni 2025. Daraus gehe hervor, dass der Stadt der Befall bereits seit mindestens 2024 bekannt sei. Vor diesem Hintergrund fragt er, warum bis zum jetzigen Zeitpunkt so viel Zeit vergangen sei, da erst in der kommenden Woche die entsprechende Bekämpfungstechnik zur Verfügung stehe.

Frau Adina Geisinger (Volt) merkt an, es handele sich um ein Problem, das nicht zeitnah beendet werden könne. Sie fragt nach Präventionsmaßnahmen, damit es an weiteren Stellen nicht zu vergleichbaren Problemen komme, da eine Aufgrabung des gesamten Stadtgebiets nicht möglich sei. Zudem erkundigt sie sich nach den Kosten.

Frau Karen Eßrich geht auf die Fragen ein.

Zur Frage von Frau Elke Ernemann führt sie aus, dass die Ameisen trockenheits- und wärmeliebend seien. Vor dem Hintergrund des Klimawandels seien sie bereits an den ersten warmen Tagen ab etwa Ende Februar bzw. März aktiv und blieben dies bis maximal Ende Oktober, da es anschließend feuchter werde. Die Bekämpfung erfolge daher ausschließlich in diesem Zeitraum. Im Anschluss daran könne die Bekämpfung anderer invasiver Arten, wie beispielsweise *Vespa velutina*, erfolgen, worauf im nächsten Tagesordnungspunkt eingegangen werde. Hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit erläutert sie, dass Mitteilungsblätter und Bürgervereine weiterhin einbezogen würden. Zudem bestehe bereits ein E-Mail-Verteiler betroffener Bürgerinnen und Bürger. Alle betroffenen Anwohnenden würden darüber hinaus per Brief bzw. Hauswurfsendung informiert. Flyer seien vorhanden und könnten entsprechend verteilt werden.

Zur Anmerkung von Frau Sonja Klingert bezüglich der Auffindbarkeit von Informationen auf der Internetseite der Stadt Karlsruhe dankt sie für den Hinweis und sagt zu, diesen intern aufzunehmen. Auf die Frage nach den Kosten führt sie aus, dass die Folgekosten für notwendige Sanierungen, etwa von Wegen oder Grünanlagen infolge der Bekämpfungsmaßnahmen, derzeit noch nicht abschließend beziffert werden könnten. Aus anderen Kommunen, etwa Kehl, seien Größenordnungen von rund 500.000 Euro für Folgekosten bekannt. Die bisherigen Sachkosten für Maschinen und Fahrzeuge beliefen sich auf etwa 120.000 Euro. Zusätzliche Stellen seien nicht geschaffen worden; der Personalbedarf habe durch interne Kompensationsmaßnahmen gedeckt werden können.

Eine gesetzliche Grundlage, um Verkaufsstellen bei befallenen Pflanzen zu verpflichten, Bekämpfungsmaßnahmen durchzuführen oder sich an Kosten zu beteiligen, bestehe nicht. Stattdessen setze die Stadt auf Kooperation und Beratung, was von den entsprechenden Betrieben auch angenommen werde.

Zur Frage von Herrn Oliver Schnell bestätigt sie, dass die Ameisen in Neureut bereits seit etwa zehn Jahren bekannt seien. Die Tragweite der Problematik sei jedoch zunächst nicht absehbar gewesen, da es sich um eine neue Art in Deutschland handele. Erst seit dem vergangenen Jahr habe das Thema, unter anderem durch Entwicklungen in Kehl, deutlich an Bedeutung gewonnen. Seitdem werde intensiv am Aufbau geeigneter Strukturen zur Bekämpfung gearbeitet. Sie weist darauf hin, dass sich derzeit alle Kommunen noch in einer frühen Phase befänden und entsprechende Maßnahmen vielfach erprobt würden.

Auf die Frage von Frau Adina Geisinger zu Präventionsmaßnahmen erklärt sie, dass die Sensibilisierung der Bevölkerung oberste Priorität habe. Insbesondere solle darauf hingewiesen werden, keine befallenen Pflanzen zu erwerben, um eine weitere Ausbreitung zu verhindern.

Die Vorsitzende führt aus, dass der Städtetag fordere, Bund und Land stärker in die Thematik einzubinden, da zahlreiche Kommunen mit invasiven Arten (Neobiota) konfrontiert seien. Hierfür seien entsprechende Fördermittel, insbesondere im Rahmen von Klimaanpassungsmaßnahmen, erforderlich.

Sie bedankt sich bei der Projektleiterin für die schnelle und fundierte Einarbeitung in die komplexe Thematik. Trotz bestehender Haushaltssicherung sei es der Stadt gelungen, durch eine kompensatorische Lösung innerhalb der betroffenen Ämter kurzfristig qualifiziertes Fachpersonal bereitzustellen. Abschließend spricht sie ihren Dank für die gute ämterübergreifende Zusammenarbeit aus.



Erste Bürgermeisterin Bettina Lisbach
Sitzungsleitung



Karen EBrich
Protokollführung